

GRÜNES BÜNDNIS

Neustadtstrasse 34

Postfach 31

6000 Luzern 4

RundBrief

1/2005

Zeitschrift

für Mitglieder

und Interessierte



Regierungsratsersatzwahl vom 27. Februar 2005

Louis Schelbert in die Regierung!

Schwerpunkt 2

Die historische Chance für einen grünen Regierungsratssitz.

Stadt 8

Basels Förderabgabe als Vorbild für den Luzerner Stromrappen.

Bund 6

Cécile Bühlmann erläutert ihre Haltung zum Schengen/Dublin-Abkommen.

Serie 14

Der grüne Unternehmer und Gemeinderat Cyrill Wiget im Gespräch.

Editorial

Der Einsatz lohnt sich

Michael Töngi, Co-Präsident GB Kanton, Kriens

Am 27. Februar wählen wir den Nachfolger von CVP-Regierungsrat Kurt Meyer. Weite Kreise im Kanton Luzern sehen die SVP nicht im Regierungsrat und wünschen eine weniger rechtsbürgerliche Finanzpolitik. Um diese Kreise einzubinden, hat das GB auf eine eigene Kandidatur verzichtet. Am 2. Januar wurde Louis Schelbert von einem überparteilichen Komitee, zu dem bekannte Bürgerliche gehören, als Regierungsratskandidat nominiert. Das GB hat sich zu diesem ungewöhnlichen Schritt entschieden, weil wir keinen rechtsbürgerlichen Regierungsrat wollen, sondern eine Regierung, die statt zu sparen auch noch regiert. Und mit dem Einsatz aller ist ein Erfolg für uns möglich!

Seit Jahren setzt sich das GB für eine Politik ein, die auf Ausgleich aus ist, die im Verkehrsbereich weiter denkt und sozial Schwache und Umweltanliegen ins Zentrum rückt. Louis Schelbert würde diese Politik auch im Regierungsrat vertreten. Er wäre im Regierungsrat ein Garant für eine sozialere Politik, für eine Politik, die sich nicht mit Schlagworten begnügt, sondern konkrete Lösungen sucht.

«Steuern weiter senken und Schulden abbauen.» Diese Ziele verkündet die SVP auf ihrer Homepage. Dieser Satz ist mehr als nur ein Punkt in einem Parteiprogramm. Es ist ein Satz, der die politische Diskussion der letzten Jahre geprägt hat. Mit der Forderung, Schulden abzubauen und gleichzeitig Steuern zu senken, hat die SVP seit mehreren Jahren die bürgerlichen Parteien vor sich her getrieben und sie dazu gebracht, in Finanzfragen immer stärker auf SVP-Kurs einzuschwenken. Diese Politik hat schmerzhaft Folgen, die Abbauprogramme des Kantons gehören schon zum Luzerner Terminkalender, und heute trifft es viele Bereiche hart.

Ins Getriebe der Staatsabbauer kommt jedoch immer mehr Sand. Das Nein zum Steuerpaket war mehr als ein Schuss vor den Bug der Rechtsbürgerlichen, ihnen wurden von der Stimmbevölkerung Grenzen aufgezeigt. Und dass in Luzern innert vierzig Tagen eine Initiative für mehr Demokratie bei den Kantons-

finanzen gesammelt wurde, zeigt, dass längst nicht mehr alle Leute diese Politik goutieren, vielleicht ist es gar eine schweigende Mehrheit, die der lärmenden SVP gegenübersteht. Jetzt will die SVP in den Regierungsrat. Damit



würden die Befürworter einer weiteren Abbaupolitik in der Regierung klar gestärkt. Viele sagen auch jetzt wieder, das sei gut, dann sei die SVP in die Regierung eingebunden. Davon halte ich nicht viel. Christoph Blocher ist das beste Beispiel dafür, dass diese Strategie versagt hat. SVP-Vertreter lassen sich mit ihrem Verständnis vom politischen System nicht einbinden resp. wenn sie sich einbinden lassen, dann kommt es zu einem «Fall Christian Huber». Der Zürcher Finanzdirektor trat zurück, weil er die Angriffe der eigenen Partei nicht mehr aushielt. Mit völlig überrassenen Forderungen machte die SVP auch auf den eigenen Regierungsrat ständig stärkeren Druck. Das kann sich der Kanton Luzern ersparen.

Analyse eines prominenten Komiteemitglieds

«Ich verspreche mir eine Erneuerung»

Judith Stamm, alt CVP-Nationalrätin, Luzern

Der Rücktritt von Regierungsrat Kurt Meyer hat alle überrascht. Diese Überraschung ist heute noch zu spüren, und es stellt sich die Frage, unter welchen Gesichtspunkten die Ersatzwahl mitten zwischen zwei Wahlterminen beurteilt werden muss.

Nach welchen Kriterien soll die Ersatzwahl vorgenommen werden?

Ist es der rein rechnerische Anteil einer Partei an Wählerstimmen oder an Grossratsmandaten, welcher Anrecht gibt auf eine Vertretung im Regierungsrat? Regierungsratswahlen sind in unserem Kanton Majorzwahlen, erst kürzlich haben wir das Proporzwahlssystem abgelehnt. Demzufolge gibt es dieses Recht aufgrund der Wählerstimmen nicht. Aber müsste nicht der freiwillige Proporz spielen? Dazu kann ich nur sagen, dass wir Frauen zwar seit 1971 im politischen Geschäft sind, aber um eine proportionale Vertretung in den Gremien immer noch kämpfen müssen. Freiwilliger Proporz ist kein ehernes Gesetz.

Ist es das Parteiprogramm, in dessen Rahmen sich ein Kandidat bewegt, das den Ausschlag geben soll? Weite Teile der Bevölkerung sind sich einig, dass Mitglieder einer Exekutive in erster Linie ihrem Gewissen, in zweiter Linie dem Gemeinwesen und erst in dritter Linie ihrer Partei verpflichtet sind! Es gab in verschiedenen Parteien immer wieder Bestrebungen, die Exekutivmitglieder besser in die Pflicht zu nehmen, was jedoch bloss zu Reibereien und Machtkämpfen führte. Von einem Kandidaten erwarte ich Sachpolitik und nicht Parteipolitik.

Oder müsste gefragt werden, wer das Gremium der amtierenden RegierungsrätInnen am besten ergänzen würde? Nur ehemalige Gemeindepolitiker? Nur Bürgerliche? Was allerdings ist «bürgerlich»? Eher bürgerlich im Sinne der SVP, der FDP oder doch eher der CVP? Für mich sind die Begriffe «rechts», «links», «bürgerlich» Etiketten, die häufig eine tiefer gehende politische Diskussion verhindern.

Wer macht das Rennen am 27. Februar?

Die Bevölkerung hat die Wahl zwischen dem Kandidaten der SVP, der an den bisherigen

Verhältnissen kaum etwas ändern will, und einem Kandidaten, der ein neues Politikverständnis, neue Gedankengänge und neue Ziele in die Regierung einbringen wird. Ich verspreche mir davon eine Erneuerung, eine Befruchtung, eine Bereicherung. Die Auseinandersetzungen werden schwieriger werden, aber ich traue den bisherigen Regierungsgliedern und Louis Schelbert die entsprechende Diskussionskultur und Teamfähigkeit zu.

Nüchtern betrachtet besteht für Louis Schelbert eine realistische Chance, gewählt zu werden. Diese Chance ist so gross, wie er sie und wie wir sie für ihn wahrnehmen. Hier liegt noch sehr viel Überzeugungsarbeit vor uns. Seiner Persönlichkeit wird Regierungsratsformat attestiert. Dies zeigt auch das breite überparteiliche Gremium, das sich in Kürze zu seiner Unterstützung gebildet hat. Für viele ist Louis Schelbert auch einfach die einzige Alternative zu dem Kandidaten der SVP.

Ich danke Louis Schelbert, dass er diese, unter den gegebenen Umständen nicht einfache Aufgabe auf sich nimmt und für den Regierungsrat kandidiert. Ich wünsche ihm viele begeisterte Unterstützerinnen und Unterstützer und viele Stimmen, sogar von solchen, für die er bloss das kleinere Übel ist. Wenn nur am Ende der Stimmenanteil ausreicht!



Dieser Text ist eine gekürzte Version der Rede, die Judith Stamm anlässlich der Nomination von Louis Schelbert in der GasseChuchi Luzern gehalten hat.

Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.
 Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

Regierungsratswahlen vom 27. Februar 2005

klar. fair. stark.

Louis Schelbert, Regierungsratskandidat, Luzern

Als Kandidat des ausgezeichnet besetzten überparteilichen Komitees «Louis Schelbert in den Regierungsrat» bewerbe ich mich um die Nachfolge von Finanzdirektor Kurt Meyer. Arbeit und Arbeitsplätze sind gefragt. Als Mann der sozialen Wirtschaft kann ich im Regierungsrat einen nachhaltigen Beitrag leisten.

Wirtschaft, Bildung, Kultur

Wirtschaft ist seit 25 Jahren ein zentrales Thema für mich, als fairer Partner der Arbeitgeber und Mitgestalter. Wirtschafts Anliegen sehe ich aus der Sicht breiter Bevölkerungsschichten. Bildung auf allen Stufen – unser wichtigster «Rohstoff» – steht für mich mit dem Thema Arbeit und Arbeitsplätze der Zukunft in enger Verbindung. Und das dritte wichtige Anliegen ist die Kultur, letztlich auch Überbegriff sozialer und wirtschaftlicher Wohlfahrt. In diesen (und anderen) Bereichen arbeite ich in offiziellen Gremien seit Jahren konstruktiv und teamorientiert mit.

Sozial in intakter Umwelt

Wer mich kennt, weiss, dass ich mich stets klar ausdrücke, fair handle und stark im respektvollen Geben und Nehmen bin. Die Sorgen und Nöte vieler Menschen sind mir als Vater in unserer Familie mit drei Kindern (19, 17 1/2, 15) sehr bewusst. Ich weiss um die Folgen der unseligen Spirale von Leistungen abbauen, Steuern senken, Leistungen abbauen usw. für Familien, mittlere und untere Einkommen, aber auch für die Umwelt. Es ist

**klar. fair. stark.**

überparteiliches Komitee
**Louis Schelbert in
den Regierungsrat**

**Ja. Louis Schelbert
in den Regierungsrat**

klar. Louis Schelbert ist ein Mann der Wirtschaft, fairer und sozialer Partner der Arbeitgeber, Mitgestalter der Wirtschafts Anliegen von breiten Bevölkerungsschichten und damit auch gegen unverantwortlichen Leistungsabbau in unserem Kanton. Und dies seit 25 Jahren.



fair. Louis Schelbert drückt sich klar aus, ist gradlinig, handelt fair und ist respektvoll im Geben und Nehmen. Fair auch im Ausgleich zwischen staatlichen Leistungen und unternehmerischer Freiheit. In der Politik seit 25 Jahren geschätzt und respektiert.



stark. Louis Schelbert sucht als kluger Kopf immer nach Lösungen. Er geht auf andere zu und schafft Mehrheiten, damit eben Lösungen entstehen können, in der Bildung, in der Wirtschaft, in der Kultur. Mehrere hundert Komitee-Mitglieder – unter ihnen Prominenz der ersten Reihe – unterstützen seine Kandidatur für den Regierungsrat.

Helfen Sie mit – treten Sie dem überparteilichen Komitee «Louis Schelbert in den Regierungsrat» bei.

Weitere Informationen unter www.louis-schelbert.ch

klar: Die Bevölkerung des Kantons Luzern braucht einen qualitativ guten Service public, gute und für alle zugängliche Dienstleistungen, und alle sind wir auf eine intakte Umwelt angewiesen. Die Finanzierung dieser Anliegen ist ein vorrangiges finanzpolitisches Ziel.

Keine Rosskuren

Dies geschieht hauptsächlich über Steuern. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung profitiert von diesem Ausgleich. Mir ist dies Verpflichtung, mit den finanziellen Mitteln haushälterisch umzugehen. Die gute Balance



zwischen staatlichen Leistungen und unternehmerischer Freiheit ist für mich ein tägliches Thema. Rosskuren im Steuerwettbewerb sind nicht nötig, ja für die grosse Mehrheit der SteuerzahlerInnen schädlich. Schritt für Schritt kann sich der Kanton Luzern dem schweizerischen Durchschnitt annähern. Das wichtigere finanzpolitische Ziel muss aber im

Interesse kommender Generationen sein, die Schulden zu senken.

Das Personal konsultieren

Ein besonderes Anliegen ist mir die Personalpolitik. Die Regierung hat sich in den letzten Jahren zum Teil schwer damit getan, nicht nur wegen der finanzpolitischen Lage, sondern auch im Bereich der Ausgestaltung der Vertragspartnerschaft, im Atmosphärischen. Ich habe als Grossrat angeregt, dass sich die paritätische Kommission regelmässiger austauscht und dass der Budgetprozess nicht nur als Einbahnverkehr erfahren werden muss. Es wäre mir eine besondere Genugtuung, als Mitglied der Regierung die Umsetzung dieser Anliegen an die Hand nehmen zu können.

Breite Unterstützung

Ich freue mich natürlich riesig (und nehme dies als Anerkennung wahr), dass dem überparteilichen Komitee mehrere hundert Personen angehören, darunter natürlich viele Grüne und prominente Köpfe und Persönlichkeiten mit und ohne Parteizugehörigkeit. Sie schenken mir ihr Vertrauen. Ich bin überzeugt: Es kann gelingen.



Einige Gäste haben bei uns ihre dichterische Ader entdeckt. Wir zitieren:

«Essen, das auch der Seele gut tut.»
«Weltklasse.»
«Von einem andern Planeten.»
«Eine Sensation der Sinne.»
«Food aus den Sphären.»
«Überirdisch gut.»
«Hinreissend.»

Wir geben zwar keine Garantie, dass Sie hingerissen oder abgehoben werden, wenn Sie in der

KOSTGEBEREI

essen, aber geniessen werden Sie unsere leichten, bekömmlichen Vollwertmahlzeiten allemal.

Jeden **Dienstag, Mittwoch und Donnerstag** über Mittag.
Übrige Zeiten für Gruppen auf Anfrage.

Kostgeberei
Ulmenstrasse 14, 6003 Luzern, 041 360 34 13



Die Idee
von Ihnen
Das Holz
aus der Region
Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83

PATRICK STEINER



PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

BÜRGENSTR. 34/36
6005 LUZERN
TEL. 079 650 79 42

Schengen/Dublin-Abkommen

Schwieriges Dossier für uns Grüne

Cécile Bühlmann, Nationalrätin GB, Luzern

Im Zusammenhang mit den Bilateralen II ist die Frage des Beitritts zum Schengen/Dublin-Abkommen für uns Grüne eine schwierige Güterabwägung. Deshalb haben wir einen langen parteiinternen Meinungsbildungsprozess durchgeführt mit dem Fazit: Trotz viel Kritik am Dossier ist die Ja-Parole richtig.

Langer Vorlauf

Das hat es noch nie gegeben: Bevor wir in die parlamentarische Beratung gingen, setzten sich die Grünen an zwei Delegiertenversammlungen (DV) intensiv mit dem Thema Schengen/Dublin auseinander:

- An der DV vom 3. April 2004 in Schaffhausen wurde das Dossier Schengen/Dublin an einer Podiumsdebatte von aussen stehenden Personen kritisch beleuchtet. Trotz aller Kritik sprachen sich Denise Graf, die Vertreterin von amnesty international, und Alberto Achermann, Mitglied der Europäischen Flüchtlingskommission und ehemaliger SFH-Chef, für ein Ja aus.

• An der DV vom 28. August 2004 in Winterthur legten die Delegierten die grüne Position für die Vernehmlassung fest. Nach einem kontradiktorischen Podiumsgespräch zwischen Geri Müller und mir gab es eine unerwartet deutliche Antwort: Mit 82 Ja gegen 26 Nein bei 6 Enthaltungen sprachen sich die Delegierten für ein Ja zu Schengen/Dublin aus.

Position der Grünen Fraktion im Parlament

Als Teil der Bilateralen Verträge II war Schengen/Dublin Gegenstand der parlamentarischen Beratung in der Wintersession. Im Folgenden die leicht gekürzte Version meines Eintretensvotums für die Grüne Fraktion:

«Die Grüne Fraktion ist für Eintreten auf die Bilateralen Verträge II. Diese regeln mit unterschiedlich weit reichenden Konsequenzen ein neues Stück der Zusammenarbeit mit der EU und tragen so zur weiteren Annäherung der Schweiz an die EU bei.

Grundsätzlich sind wir Grüne ja für den schnellstmöglichen EU-Beitritt – nicht etwa, weil wir kritiklos alles ideal oder erstrebenswert finden, was in der EU läuft, sondern weil

die EU die einzige ernst zu nehmende Kraft ist, die Europa politisch organisiert und zusammenhält. Und weil sie etwas sichert, was es in Europa über so lange Zeit noch nie gegeben hat: den Frieden zwischen allen beteiligten Staaten.

Ausserdem sind wir der Überzeugung, dass die grossen Probleme unserer Zeit nur noch grenzüberschreitend und gemeinsam zu lösen sind. Umwelt und Verkehr sind zwei Stichworte dazu. Die EU tut dies zwar oft nicht in unserem Sinn, aber innerhalb der EU würden wir mit den Grünen der anderen Staaten für bessere Lösungen kämpfen. Zu dieser Organisation soll die Schweiz gleichberechtigt und aktiv dazugehören und nicht einfach das, was von der EU beschlossen wird, nachvollziehen.

Der bilaterale Weg ist aus unserer Sicht nicht der ideale Weg. Da aber mit den Bilateralen II Dinge geregelt werden, die auch bei einem EU-Beitritt zur Debatte stehen und für Zündstoff sorgen würden, unterstützen wir noch einmal diesen Weg.

Zündstoff Schengen/Dublin

Das Stichwort Zündstoff bezieht sich besonders auf die Verträge Schengen/Dublin, die für uns das heikelste Dossier sind – aus drei Gründen:

1. Das Prinzip der Grenzöffnung gegen innen hat zur Folge, dass die Aussengrenzen hermetisch abgeriegelt werden, mit dem Effekt, dass sich die Festung Europa gegen die Armen und Verfolgten dieser Welt abschottet. Die Alternative dazu ist leider keine wirklich gute: eine Schweiz, die sich im Alleingang gegen den Rest der Welt abschottet, statt der Festung Europa die Festung Schweiz.

2. Natürlich sind wir dafür, dass die grenzüberschreitende Kriminalität bekämpft wird. Dazu soll in erster Linie das SIS dienen. Das SIS birgt aber datenschutzrechtlich grosse Risiken des Missbrauchs und weckt immer neue Begehrlichkeiten (Sammlung von immer mehr Daten und immer mehr Stellen mit Zugriff auf die Daten). Was wäre die Alternative dazu? Sicherer würde die Schweiz ohne Zugriff aufs SIS nicht. Heute wissen wir nur, dass Daten zwischen Polizeien über die Grenzen ausgetauscht werden, aber nicht genau



von wem, wie und wozu. Dem Missbrauch kann nur mit einem gut ausgestatteten Datenschutz und einer gründlichen Kontrolle entgegengewirkt werden. Das immerhin garantiert uns der Schengen-Vertrag.

3. Das Dubliner Abkommen ist u. a. dazu da, zu regeln, dass Asylsuchende nur noch in einem Land ein Asylgesuch stellen können. Damit wird ihnen die Möglichkeit genommen, in der Schweiz nochmals ein Gesuch zu stellen und ein zweites Mal ihre Fluchtgründe darzulegen, ein klarer Nachteil gegenüber heute. Das Dubliner Abkommen garantiert auf der anderen Seite jedem Asylsuchenden eine individuelle Gesuchsprüfung (während unser zuständiger Bundesrat schon laut darüber nachdenkt, dieses Recht abzuschaffen und nur noch Kontingentsflüchtlinge aufzunehmen). Dublin sorgt wenigstens für minimale Standards im Asylrecht. Und sollte Eurodac einmal flächendeckend seine Wirkung entfalten und die Schweiz nicht angeschlossen sein, würde der Anstieg der Asylgesuche wieder genau jenen Munition liefern, die das Asylrecht schon lange begraben wollen. Daran haben wir Grüne auch kein Interesse!

Bankgeheimnis bleibt bestehen

Ein vierter Punkt, der Anlass zur Kritik gibt, ist die Betrugsbekämpfung. Das ethisch völlig unakzeptable Bankgeheimnis bleibt bestehen, und die Schweiz hilft weiterhin Steuerhinterziehern, ihr Geld ungestraft am Fiskus vorbei in die Schweiz zu schmuggeln – ein Skandal! Wir Grüne sind jedoch überzeugt davon, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bis das Bankgeheimnis fällt, weil der interna-

tionale Druck auf die Schweiz hoffentlich wieder zunehmen wird und sich hoffentlich auch bei uns immer mehr Menschen gegen diesen Skandal aussprechen werden.

Verbesserungen erzielt

Die Grüne Fraktion hat in der Detailberatung für Verbesserungen gekämpft. Folgende Verbesserungen konnten erzielt werden:

- Die Verknüpfung der SIS-Datenbank mit andern polizeilichen Datenbanken konnte verhindert und somit der Datenschutz gestärkt werden.
- Die unabhängige Stellung des Datenschützers konnte verbessert werden.
- Dank einem Vorstoss der Grünen wurde ein akzeptabler Kompromiss beschlossen, wo-



nach sich die Schweiz die Möglichkeit offen lässt, Zweit-Asylgesuche zu prüfen, wenn der Erstentscheid die Europäische Menschenrechtskonvention verletzt.

Die Parlamentsdebatte ist nun abgeschlossen. Zum Schengen/Dublin-Abkommen wurde von Seiten der AUNS bereits das Referendum ergriffen. Die Abstimmung wird im Juni 2005 stattfinden. Am 19. Februar wird der Vorstand, am 16. April die DV die endgültige Parole fassen. Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Grünen bei ihrem europapolitisch motivierten Ja bleiben.



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

80 Jahre MV Luzern

«Für das Recht der Mieterinnen und Mieter»

Werden Sie Mitglied und lassen
Sie sich beraten!



Mieterinnen- und Mieterverband Luzern
Mythenstrasse 2, 6003 Luzern
Telefon 041 220 10 22, Fax 041 220 10 21
www.mieterverband.ch/luzern

Learn English

www.english-on-dartmoor.com

in einem Landhaus in Devon
**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse
von Februar bis November 2005
Kursdauer: 2 bis 4 Wochen
Das Essen ist vegetarisch
Das Mindestalter: 26 Jahre

Aktuell:

Open English Courses
während des ganzen Jahres
Engl. Gardens/Arts and Crafts
Mai 2005

Auskünfte und Anmeldungen bei
Lynn Rawlinson
info@english-on-dartmoor.com
Telefon: 0044 1364 73117

Städtische Abstimmung vom 27. Februar Die Förderabgabe in Basel

Mark Schmid, Initiativkomitee «Ja zum Stromrappen», Luzern

Am 27. Februar stimmen die Stadtluzernerinnen und -luzerner über die Stromrappen-Initiative ab. In Basel-Stadt gibt es seit zwanzig Jahren eine Förderabgabe, die «unserem» Stromrappen entspricht. Thomas Fisch leitet seit vier Jahren die Energiefachstelle von Basel und ist damit zuständig für den Vollzug des Energiegesetzes. Er hat unsere Fragen zur Förderabgabe, die Teil dieses Gesetzes ist, beantwortet. Thomas Fisch ist diplomierter Ingenieur FH.

Die Basler Energiediskussion ist sicher geprägt von den Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Kaiseraugst. Braucht es ein nahes (oder wie jetzt wieder diskutiertes) Atomkraftwerkprojekt, bis die Leute sich zu Energiesparmassnahmen bewegen lassen?

Die Basler Energiediskussion war bei der Entstehung des ersten Energiegesetzes in den

frühen 1980er Jahren sicher geprägt von der Kernkraftdiskussion und dabei vor allem vom geplanten KKW in Kaiseraugst. Auch bei den letzten KKW-Vorlagen hat die Basler Bevölkerung ihre Skepsis bewiesen, jedoch nicht in der gleichen Deutlichkeit wie damals. Tatsächlich ist es leider so, dass sich Energie- und Umweltanliegen viel besser durchsetzen lassen, wenn die Bevölkerung von einer «Katastrophe» sensibilisiert ist. Der Brand in der Sandoz im November 1986 hat im Umweltsektor viel Positives ausgelöst.

Die Basler Förderabgabe hat zuallererst eine Umwelt-Zielsetzung. Hat die Basler Abgabe diese Umweltziele erreicht (Senkung des Energieverbrauchs, Senkung der CO₂-Emissionen)?

Der Kanton Basel-Stadt hat heute den grössten Anteil an Fernwärme schweizweit. Auch bezüglich Gasversorgung der Haushalte ist



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsöfen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ

Bau und Energie

BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

s t a t t k i n o

ab 10. Februar

DER NEUNTE TAG von Volker Schlöndorff

ab 13. Februar (Matinée)

DERRIDA

von Kirby Dick und Amy Ziering Kofman

ab 3. März

TOUT UN HIVER SANS FEU

von Greg Zglinski

ab 10. März

DIE SPIELWÜTIGEN von Andres Veiel

ab 24. März

JESUS, DU WEISST von Ulrich Seidl

ab 7. April

LE CHIAVE DI CASA von Gianni Amelio

ab 10. April (Matinée)

MONTE GRANDE – WHAT IS LIFE

von Franz Reichle

ab 5. Mai

DIE GOLDENEN 20ER JAHRE IM FILM

von Griffith, Eisenstein bis Buñuel

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm • www.stattkino.ch

Basel führend. Dank der Kaiseraugst-Diskussion durfte unser Stromlieferant, die Industriellen Werke Basel, keine Beteiligungen an KKWs eingehen. Somit profitiert Basel heute von 100 % erneuerbarem Strom. Auch der gesamte Wärmeverbrauch im Kanton ist zurückgegangen, doch sind dafür auch andere Gründe massgebend wie der Bevölkerungsrückgang und die Umstrukturierung in der Industrie.

Haben die Basler Förderprogramme auch einen Beitrag zur Ausstrahlung der Stadt geleistet? Ist es Zufall, dass die grosse Solarenergie-Messe SUN in Basel beheimatet ist?

Es ist sicher kein Zufall, dass die SUN21 und diverse andere Events in Basel entstanden sind. Einerseits ist die Akzeptanz und das Bewusstsein für Energiefragen in der Bevölkerung, in der Politik und im Gewerbe grösser als in der übrigen Schweiz, was sich auch immer wieder in eidgenössischen Energieabstimmungen zeigt. Andererseits trägt auch der Förderfonds mit der finanziellen Unterstützung dieser Veranstaltungen dazu bei, dass solche am Anfang meist defizitären Anlässe hier stattfinden.

In Luzern stehen Tourismuskreise in Opposition zum vorgeschlagenen Stromrappen. Auch Basel hat Hotellerie und Tourismus (Stichwort Messe Basel). Konnte dieser Sektor von Fördermassnahmen profitieren, und wenn ja, wie?

Profitieren von der Abgabe und den Fördermassnahmen kann jedermann, der effizient mit der Energie umgeht und/oder erneuerbare Energien einsetzt. Energieeffizienzmassnahmen (Wärmerückgewinnung, Isolationen, Einsatz von Wärmepumpen und Solaranlagen) führen einerseits dazu, dass weniger gezahlt werden muss (geringere Jahreskosten).

Förderabgabe in Basel-Stadt

Als einziger Kanton in der Schweiz hat Basel-Stadt im Energiegesetz eine Förderabgabe auf Strom in Höhe von 5 % aller Stromrechnungen verankert. Damit wurde bis vor ein paar Jahren das Fernwärmenetz finanziert. Heute unterstützt der Kanton mit den jährlich anfallenden 10 Mio. Franken u. a. Isolationen an Altbauten, Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien sowie Pilot- und Demonstrationsanlagen. Mit Förderaktionen in Bereichen wie Beleuchtung, Lüftung, Kellerisolationen, Flachdächern etc. sind mit bisher 7,5 Mio. Förderfranken ein Mehrfaches an Investitionen ausgelöst worden. Dies trägt zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Gleichzeitig wurden – grob geschätzt – über 50 Mio. kWh pro Jahr eingespart.



**Mit Stromrappen
Strom & Franken
sparen.**

Ja

**zur Stromrappeninitiative
und zur Energiezukunft
der Stadt Luzern**

Zusätzlich werden die Anlagen gefördert (je nach Förderprogramm). Davon können auch Tourismuskreise profitieren (Hotels, Restaurants etc.).

Schlussendlich läuft die Diskussion im Luzerner Abstimmungskampf auf die Frage hinaus: Wer profitiert, wer zahlt? Kann man in Basel sagen, dass einzelne gesellschaftliche Segmente profitieren und andere bezahlen?

In Basel wird die Förderabgabe in Prozent der Stromrechnung erhoben. Obwohl die Haushalte lediglich zirka 20 % des Stromverbrauchs ausmachen, speisen sie den Förderfonds mit schätzungsweise 50 %. Bei einer Abgabe pro kWh ist dies anders. Wer von der Förderabgabe profitiert, ist vom Förderprogramm abhängig. Da unsere Standardbeiträge vor allem die Sanierung der Gebäudehülle sowie Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien unterstützen, profitieren vor allem LiegenschaftseigentümerInnen von den Beiträgen. Deshalb versuchen wir in Basel unsere Aktionen so zu gestalten, dass auch die MieterInnen (der Hauptanteil der Haushalte) profitieren können, und dies nicht nur über geringere Heizkosten für die Wohnung. Bei unseren Aktionen wie «Das bessere Kühlgerät», «Wassersparsets» sowie allen Mobilitätsaktionen könne auch MieterInnen profitieren.



Abstimmungsparole

Volksinitiative «Der Stromrappen für die Energiezukunft der Stadt Luzern»

JA

Abstimmung

Städtische Abstimmung vom 27. Februar Ja zur Bebauungsplan-Änderung

Cony Grünenfelder, GB-Grossstadträtin, Luzern

Am 27. Februar wird in der Stadt Luzern über die Bebauungsplan-Änderung für eine geplante Erweiterung des Hotels Astoria abgestimmt. Der Grosse Stadtrat hat der Vorlage mit 38:1 zugestimmt. Gegen diesen Beschluss hat die CHance21 das Referendum ergriffen.

Anpassung an bestehende Höhe

Zwischen dem Hotel Astoria an der Pilatusstrasse und dem dazugehörigen Bettenhaus mit dem Restaurant Cucina im Erdgeschoss soll eine Hotel-Erweiterung mit rund 72 Betten entstehen. Das Projekt der Basler Architekten Herzog & de Meuron will die vorhandenen Geschosshöhen des Hotels Astoria übernehmen und sieht ein über alle Gebäude durchgehendes oberstes Geschoss vor. Für die Realisierung ist eine Änderung des Bebauungsplanes für diese Parzelle notwendig, welche eine Erhöhung der maximalen Fassadenhöhe auf 22,6 m vorsieht. Eine bauliche Anpassung eines Erweiterungsbaus bzw. ein durchgehendes oberstes Geschoss bedeutet jedoch die Übernahme der heute bereits bestehenden Höhe im Bereich des Hotels Astoria und ist aus architektonischer Sicht richtig.

Die CHance21 bezeichnet die geplante Bebauungsplan-Änderung als «Lex Karli». Der Astoria-Eigentümer werde bevorzugt, was eine Verletzung der Rechtsgleichheit bedeute. Dieser Vorwurf ist unberechtigt, denn der Hotel-Besitzer erhielt nicht klammheimlich eine Ausnahmegewilligung, sondern hat den rechtlich korrekten Weg eingeschlagen: Er legte dem Parlament eine Bebauungsplan-Änderung zur Genehmigung vor. Ausserdem weist das heutige «Astoria» bereits eine Fassadenhöhe von 22,6 m auf. Denn 1994 erteilte der Stadtrat für einen Umbau des Attikageschosses des Hotels zur Penthouse-Bar eine Ausnahmegewilligung für die Überschreitung

der maximalen Fassadenhöhe um 2,6 m auf 22,6 m.

Keine Mehrnutzung trotz mehr Fassadenhöhe

Das Hirschmattquartier basiert auf dem orthogonalen Raster des Stadtbauplans von Heinrich Meili-Wapf aus dem Jahre 1897. Die Baustruktur der Jahrhundertwende ist heute noch zu einem grossen Teil vorhanden. Das Hirschmattquartier hat sehr hohe Qualitäten, die es zu erhalten gilt. Die gültige Bau- und Zonenordnung und der heutige Bebauungsplan wollen die vorhandene Quartierstruktur erhalten. Druck auf den historischen Baubestand des Hirschmatt-Quartiers würde entstehen, wenn eine generelle Erhöhung der Gebäudehöhe für das ganze Quartier vorgesehen wäre und wenn mit der Erhöhung auch zusätzliche Ausnützung verbunden wäre. Gerade dies ist im Fall des Hotels Astoria nicht der Fall. Für die GB-Fraktion war entscheidend, dass der Stadtrat nicht die Absicht hat, in absehbarer Zeit die Gebäudehöhe generell zu erhöhen.

Der geplante Erweiterungsbau überschreitet die maximale Gebäudehöhe, setzt die bestehende Fassadenhöhe des Hotels Astoria fort, und trotzdem erzielt der Eigentümer keine bzw. praktisch keine Mehrnutzung (ca. 20 m² auf das ganze Projekt bezogen). Die Zielsetzung der Erweiterung des Hotels Astoria wird dem Quartier keine zusätzliche Verkehrsbelastung beschieren. Die geplante Ausrichtung des Hotels auf Kongresstourismus, welche vom durchgehenden obersten «Kongressgeschoss» abhängt, wird verlängerte Aufenthalte in Luzern und damit pro Hotelbett weniger Ankünfte und Abreisen bringen.

Am 10. Januar 2005 hat das Grüne Bündnis Stadt Luzern an seiner erweiterten Vorstandssitzung die Ja-Parole zur Bebauungsplan-Änderung Astoria beschlossen.



Abstimmungsparole

Hotel Astoria. Änderung im Bebauungsplan B 129 Hirschmatt/Neustadt, mit Einsprachebehandlung (Referendum)

JA

Ebikon stimmt am 27. Februar über Ebisquare ab

Ebisquare – wozu?

Roni Vonmoos-Schaub, Präsident GB-Ortsgruppe Ebikon, Ebikon

Entwicklung ist Veränderung und gehört zum Leben. Das gilt auch für Bauten, seien es Kirchen, Wohn- und Geschäftshäuser, Bahnhöfe oder Verkehrswege. Bei jeder Veränderung sollten der Respekt vor dem Bestehenden und das menschliche Mass wegweisend sein, d. h. Ausgangspunkt für neue Bauten sollten die bereits bestehenden Strukturen sein.

Konkret

Ebikon ist ein Dorf mit einem Zentrum. Von diesem Zentrum sollte man ausgehen, wenn es gilt, neue Strukturen zu schaffen und neue



Bedürfnisse abzudecken. Es wäre Aufgabe der Ortsplanung, das zu lenken. In Ebikon gibt es bereits Läden, Geschäftsräume usw. Wenn diese nicht ausreichen, können sie vergrössert werden. Wir brauchen kein neues, dezentral gelegenes Einkaufszentrum. Wir brauchen auch keinen Ort, wo die halbe Schweiz einkaufen und sich vergnügt. Denn diese Menschen werden mehrheitlich mit dem Auto anreisen. Man beachte: Der Ebisquare wird riesig, grösser als die Einkaufszentren, die es in der Region bereits gibt, z. B. in Emmen.



Überhaupt

Was soll das werden, dieser Ebisquare? Wenn ich das Modell des Ebisquare betrachte, fühle ich mich in einen Science-Fiction-Film versetzt. Hier soll eine Art künstliche Raumstation mit Gärten unter Dach entstehen. Wozu das? Ist das die neue Art von Naturerlebnis, künstliche Gärten, gedeckt und abgeschirmt von der Welt, womöglich mit künstlichen Gewittern und Stürmen? Ist unsere natürliche Umwelt so langweilig geworden, dass sie durch künstliche Welten ersetzt werden muss? Ebisquare ist unnötig. Deshalb soll der Zonenplan so nicht genehmigt werden. Ein neues Projekt, das die Bedürfnisse der Firma Schindler und die Bedürfnisse der Gemeinde Ebikon abdeckt, schaue ich mir gerne an. Ein Nein zum Zonenplan macht den Weg zu einem neuen – hoffentlich zweckvolleren – Projekt frei.

Rolle des VCS

Der VCS hat die Möglichkeit, Projekte daraufhin zu überprüfen, ob sie der Gesetzgebung im Bereich Umwelt entsprechen. Diese Möglichkeit nimmt er wahr. Der Weg führt über eine Einsprache und über Verhandlungen mit der Bauherrschaft. Der VCS hat bei diesen Verhandlungen erreicht, was im Rahmen der (leider largen) Gesetze möglich ist, und hat daraufhin seine Einsprache zurückgezogen. Das heisst jedoch nicht, dass der VCS das Projekt sinnvoll findet. Er engagiert sich deshalb ebenfalls dafür, dass der Bebauungsplan abgelehnt wird. Die Gründe dafür sind, dass Ebisquare zu viel Verkehr bringt und dass das bestehende Strassennetz für diesen Mehrverkehr nicht ausreicht. Das würde sich auch mit dem neuen Autobahnzubringer Buchrain nicht ändern. Der Mehrverkehr würde eine unerträgliche Belastung für die Bevölkerung bedeuten.

Ferner kann die erste Etappe des Ebisquare auch gebaut werden, ohne dass der Autobahnzubringer erstellt wird. Das Reglement des Bebauungsplanes Ebisquare sieht dies so vor. Dies steht im Widerspruch zu den Behauptungen der Befürworter.

Näheres: www.gruene-luzern.ch/ebikon



JA zur Chancengleichheit für 95% des Gewerbes

Überparteiliches Komitee «JA zum fairen und flexiblen Fahrtenmodell»



Am 27. Februar 2005 entscheiden die Stimmberechtigten von Kriens über die Teilrevision der Ortsplanung und des Parkplatzreglementes aufgrund der Richtplanung ESP Eichhof – Schlund. 11 Argumente zum fairen und flexiblen Fahrtenmodell

- 1 Das Fahrtenmodell gilt nur für neue, grosse und verkehrsintensive Betriebe. Für Wohnungen, Büros, Verwaltungen und Gewerbebetriebe gibt es kein Fahrtenmodell.
- 2 Das Fahrtenmodell ist wirtschaftsfreundlich, weil es für jede Unternehmung die attraktive Erreichbarkeit garantiert.
- 3 Das Fahrtenmodell ist liberal, weil es Chancengleichheit garantiert.
- 4 Das Fahrtenmodell ist fair, weil die Kapazitäten des Strassennetzes damit für alle ausreichen (auch für Quartierbewohner).
- 5 Das Fahrtenmodell stärkt die Gemeinde, weil der Krienser Gemeinderat über Baugesuche entscheidet und nicht kantonale Stellen.
- 6 Das Fahrtenmodell fördert eine qualitativ massvolle und langfristig orientierte Entwicklung im Schlund.
- 7 Das Fahrtenmodell unterstützt Bauwillige in ihren Absichten, genügend Parkplätze anzubieten.
- 8 Das Fahrtenmodell hilft den Klein- und Mittelbetrieben (KMU's), das Land im Schlund günstiger zu erwerben.
- 9 Das Fahrtenmodell ist flexibel, weil der Gemeinderat Fachmärkte, die nicht verkehrsintensiv sind, bewilligen kann.
- 10 Das Fahrtenmodell gibt auch kleineren Betrieben und den Detaillisten in den Ortszentren eine Chance.
- 11 Das Fahrtenmodell reguliert den Verkehr bis auf die Nationalstrasse und verhindert Ausweichverkehr über das Quartier.

Mit einem JA in der Volksabstimmung vom 27. Februar 2005 unterstützen Sie die Bestrebungen der Gemeinde für eine geordnete Entwicklung in den Krienser Arbeitszonen im Gebiet Eichhof bis Schlund. Dem überparteilichen Komitee «JA zum fairen und flexiblen Fahrtenmodell» gehören folgende Personen und Organisationen an:

Mark Lötscher, Präsident Quartierverein Kuonimatt; Fredy Flury, Vizepräsident Quartierverein Kuonimatt; Werner Baumgartner, Grundeigentümer Schällematt, Einwohnerrat, CVP; Markus Hadorn, Fraktionschef Einwohnerrat, SP; Susanne Lanz, Fraktionschefin Einwohnerrätin, GB; Daniela Stutz, Einwohnerrätin, JCVP; Matthias Senn, Fraktionschef Einwohnerrat, FDP; Peter Schönenberger, Fraktionschef Einwohnerrat, CVP; Quartierverein Kuonimatt; Grünes Bündnis Kriens, GB; Sozialdemokratische Partei Kriens, SP; Christlichdemokratische Volkspartei Kriens, CVP; Junge Christlichdemokratische Volkspartei Kriens, JCVP; mobiles kriens

Krienser GB hat sich neu organisiert

Vorstand und Präsident gewählt

Das Grüne Bündnis Kriens hat an der Vollversammlung vom 10. November 2004 im Café Ambrosia den Vorstand und den Präsidenten gewählt. Einstimmig in den Vorstand gewählt wurden: Martin Frey, Patrick Graf (Grossrat GB Kanton Luzern), Susanne Lanz (Einwohnerrätin und Fraktionssprecherin GB Kriens), Yolanda Mathys, Patrick Schaller, Cyrill Wiget (Gemeinderat GB Kriens) und Claudia Zihlmann. Als Präsident wurde ebenfalls einstimmig Mario Häfliger gewählt. Des Weiteren wurde die Parolenfassung zum Referendum über die Teilrevision der Ortsplanung diskutiert. Nur mit viel Druck und Zwängerei hat es Coop geschafft, dass er im

Schlund den Pilatus-Markt neu bauen kann. Das neue Einkaufszentrum wird viel Zusatzverkehr bringen. Im Schlund/Nidfeldgebiet möchten aber noch viele EigentümerInnen auf ihren Grundstücken Bauten realisieren, die wiederum viel Verkehr anziehen, obwohl dieser in den Stosszeiten schon heute stockt. Es ist dringend nötig, dass es hier Vorgaben gibt, wie viel Verkehr zugelassen werden darf, sonst bleiben Autos und Busse in ganz Kriens stecken, und die Gemeinde verschenkt im Schlund ihre Entwicklungsmöglichkeiten. Aus diesem Grund hat das GB einstimmig die Ja-Parole zum Fahrtenmodell Schlund/Eichhof beschlossen.



Der Hit - eine Jubiläums-Obligation der WOGENO Luzern

Zum 20-jährigen Jubiläum der WOGENO Luzern bieten wir noch bis Ende 2004 eine **Jubiläums-Obligation** an mit unschlagbaren Konditionen:

Zins	3.50%
Dauer	5 Jahre
Kapital	Fr. 20'000.00

Die WOGENO Luzern verfügt über 24 Liegenschaften in und um Luzern mit rund 140 Wohnungen sowie über das Ferienhaus „Sunnehüsl“ auf Rigi-Romiti. Nebst der Vermietung von Wohnungen betätigen wir uns zur Geldbeschaffung als Darlehensnehmerin mit folgenden weiteren Produkten:

Kassenobligationen, mind. 3 Jahre Laufzeit

Aktuell gelten folgende Zinssätze:

3 Jahre fest	2.13%	5 Jahre fest	2.63%	7 Jahre fest	3.00%
4 Jahre fest	2.38%	6 Jahre fest	2.88%	8 Jahre fest	3.13%

Unbefristete Darlehen

Bei unbefristeten Darlehen gelten spezielle Konditionen. Bei Darlehen ab Fr. 100'000.-- ist eine Sicherstellung in Form von Hypothekendarlehen möglich. Der Zins ist Verhandlungssache. Hauptvorteile sind die Immobilien als Sicherheiten, keine Emissionsabgaben bei Errichtung sowie keine Abgabepflicht der Verrechnungssteuer auf Zinserträgen.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Rufen Sie uns an - wir geben Ihnen gerne Auskunft!

WOGENO Luzern
Neuheim 2
6275 Ballwil

www.wogeno-luzern.ch
info@wogeno-luzern.ch
☎ 041 210 16 46

Impressum

Herausgeber und Inserateverkauf

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler-Trinkler, Natalie Kamber

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

Fotos

S. 1 bis 5 Jonas Ott; S. 7 Jürg Aebi; S. 9 Jutta Vogel; S. 11 Roni Vonmoos; S. 16 Stefan Süess

Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck, Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Tel. 041-360 82 70, Fax 041-362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 20.- Abo

Ein Jahr Fr. 50.- Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 2/2005, 23. April 2005

Von der Velowerkstatt bis zum Restaurant Was unsere Leute unternehmen

Interview: Heinz Bähler-Trinkler, Redaktionsmitglied, Luzern

Beim grünen Unternehmer Cyrill Wiget ist vieles möglich: Man kann sich gut und gesund verpflegen im Ambrosia, aber ebenso einkaufen im Nektar. Man kann auch sein Velo selber reparieren oder reparieren lassen oder sogar ein neues Velo kaufen. Cyrill Wiget ist also ein Unternehmer durch und durch. Heinz Bähler hat ihn für uns befragt.

Was ist bei grünen UnternehmerInnen und Gewerblern anders als bei den UnternehmerInnen, die wir im Alltag laut klagen hören?

Im Vordergrund steht für mich nicht die Gewinnoptimierung, sondern die Arbeitsplatzzufriedenheit der Mitarbeitenden. Selbstverständlich möchte ich von der Arbeit leben können. Wichtig scheint mir, dass ich am Produkt – welches ich herstelle oder verkaufe – Freude habe. Sonst wäre es nicht möglich, dass ich mich dafür so stark engagiere.

Ich bin sicher, dass auch unsere Kundschaft erwartet, dass wir von unseren Produkten überzeugt sind. In einer Welt der immer wachsenden Entfremdung ist das eine besondere Qualität. Das gilt nicht nur für mich, sondern auch für meine MitarbeiterInnen. Ich staune oft selbst über den grossen Idealismus, den sie an den Tag legen. Alle haben viele kreative Ideen für das Unternehmen. Dadurch, dass wir diese Ideen so weit möglich gemeinsam diskutieren, können wir viel

mehr Projekte umsetzen, als wenn ich als «big boss» operieren würde. Dieser Idealismus ist für uns ein Konkurrenzvorteil, davon bin ich überzeugt.

Stimmt es, dass grüne UnternehmerInnen sich besondere Produkte und/oder Nischen suchen?

Ich denke schon, dass dem so ist. Grüne suchen sich für ihre Unternehmen Nischen, die ihrer Ideologie und ihren Ideen entsprechen. Für mich ist das wichtig, damit ich am Produkt Freude haben kann. Dies ist auch eine unserer Stärken. Ausserdem will ich nicht bei jedem neuen Trend aufsteigen und mittun, d. h. ich versuche mich von gewissen Trends zu lösen.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
BAUBIOLOGIE
BRÜGGLIGASSE 2
CH-6004 LUZERN
TEL. 041-412 02 90
FAX 041-412 02 91

Beim Velociped konzentriere ich mich nicht auf ein bestimmtes Kundensegment. Bei mir kannst du vom bestens ausgerüsteten 5'000-Franken-Velo bis zum Occasionsvelo alles erhalten. Ebenso ist es möglich, Veloreparaturen selber vorzunehmen oder das Fahrzeug flicken zu lassen. Damit bin ich recht breit abgestützt, konjunkturell abgefedert und nicht auf ein einzelnes Kundensegment angewiesen. Das heisst, wenn die Löhne knapper werden, ist es für die Leute schwieriger, ganz teure Velos zu kaufen, und dadurch, dass ich stark diversifiziert bin, bleiben sie weiterhin Kunde bei mir.

Was ist sonst noch anders?

Ich bin sicher, dass Grüne eher bereit sind, ein Projekt weiterzuführen, selbst wenn es nicht rentiert. Während Bürgerliche, sobald zu viele Kosten entstehen, ganze Abteilungen mit einem Federstrich streichen, suchen wir nach kreativen Ideen. Für mich rentiert es überhaupt nicht, wenn die Leute ihr Velo bei mir selber reparieren. Trotzdem will ich das Angebot weiterführen.



Natürlich stelle ich dir auch die Frage wegen der bürokratischen Hemmschwellen – oder ärgern dich andere Sachen?

Im Grossen und Ganzen empfinde ich die Bürokratie (die obligatorischen Versicherungen usw.) nicht als sehr belastend. Die Bürokratie ist auch nicht das grosse Problem, als das es allgemein dargestellt wird. Viel ärgerlicher ist, dass beispielsweise das UVG oder die SUVA plötzlich 10 bis 20 % aufschlagen können. Wir Arbeitgeber sind gesetzlich dazu verpflichtet, diese Beiträge zu zahlen, und obwohl die Bürgerlichen alle nach Markt schreien, werden solche Quasi-Monopole einfach geduldet. Es gibt hier keine gleich langen Spiesse, wie man uns vormachen will.

Ein weiteres Beispiel: Grosse Unternehmungen wie der Media Markt schliessen mit dem Kanton ein Steuerabkommen ab. Ein Kleingewerbler aber bezahlt Steuern in der normalen Höhe. Oder: Die Migros hat eine einzige Stromrechnung für die ganze Schweiz, bei der Kalkulation für ihre Velos ist der Stromanteil bedeutend kleiner als bei mir. Das sind Aspekte, die meiner Ansicht nach viel zu wenig in der Öffentlichkeit diskutiert werden und kleine Unternehmen – nicht nur alternative – erheblich mehr belasten als die so genannten bürokratischen Hindernisse.

Aber auch hier bleibt es nicht beim Ärger, sondern wir suchen nach kreativen Lösungen – das Jammern verursacht nur Magengeschwüre. Wir haben uns z. B. über einen Velofax national vernetzt. Wir, vor allem VelohändlerInnen aus dem alternativen Bereich, tauschen Informationen untereinander aus. Ich suche auf diesem Weg Ersatzteile ...

Noch eine Frage: Du bist Unternehmer, Vater und gewählter Gemeinderat – eine Dreifach-Belastung. Was macht hier ein Grüner anders?

Ich kann mich bei allen Tätigkeiten auf sehr gut eingespielte Teams verlassen. In den drei Unternehmen Velociped, Nektar (Laden) und Ambrosia (Restaurant), entwickle ich heute insbesondere die Strategie. Das Departement, welches ich als Gemeinderat in Kriens übernehmen konnte, funktioniert bestens. Natürlich ist alles auch eine Bastelei, d. h., ich muss immer wieder Termine hin- und herschieben. Nur, das wird wahrscheinlich bei vielen der Fall sein, die sich Erziehungs-, Haus- und Erwerbsarbeit teilen. Und so kommt es ab und zu vor, dass ich meine Tochter zu einem Apéro oder zu einer Sitzung mitnehme. Ich finde das auch gut, klar staunen die Leute manchmal. Ich fand meinen Rollentausch vom Einwohnerrat zum Gemeinderat schwieriger als die erwähnte Dreifach-Belastung.

CasaConsult

R. Fankhauser & L. Theiler
das andere Immobilienbüro

Wir beraten Sie gut, verwalten oder verkaufen Ihre Liegenschaft zu fairen Bedingungen nach Grundsätzen des Hausvereins. Wir haben immer interessante Angebote.

Postfach 391, 3000 Bern 7, 031 312 95 14
www.casaconsult.ch

Strassenprostitution in Olten

Populistischer Aktionismus der FDP

Martin Geiger, GB-Mitglied, Willisau

Sexualität wird gelebt, auch der bezahlte Sex. Das ist so, war schon immer so und wird auch so bleiben. In Olten liegt die Sexmeile in einem Industriequartier. Hier findet die Strassenprostitution statt, betreut vom Frauenbus Lysistrada, von der Polizei kontrolliert, vom Gesetz reglementiert. Der FDP Olten ist das ein Dorn im Auge. Auf den 1. Januar 2005 ist die «Schutzzone» Sexmeile Olten faktisch aufgehoben worden. Wahrscheinlich braucht dann den käuflichen Sex nicht mehr ... Freisinnige Politik? Fragwürdige Politik. Menschenverachtend und heuchlerisch.



Mitte Dezember 2004, Vernissage im Stadthaus Olten. Der Verein Frauenbus Lysistrada Olten zeigt Fotos des gebürtigen Ballwilers Stefan Süess. «Nachtschicht» heisst die Ausstellung. Sinnvolle Texte begleiten die dezenten, unaufdringlichen Fotografien. Man erfährt, dass der Frauenbus monatlich 4'000 Kondome verteilt und dass er dazu aufruft, den Sexarbeiterinnen mit Würde zu begegnen. Die Vorstandsfrauen des Frauenbusses arbeiten unentgeltlich, zwei Teamfrauen sind zu je 30 % angestellt und zweimal wöchentlich vor Ort für die Sexarbeiterinnen. Sie bieten ihnen einen Ort der Wärme, geben ihnen Informationen, Hilfe, Kondome, frische Spritzen. So weit, so gut.

Die Sexmeile im Oltner Industriequartier, nahe der Aare, erwacht, nach Aussage von Einheimischen, nach acht Uhr abends. Während des Tages sind dort wenige Kinder unterwegs. Wen stören die Sexarbeiterinnen und ihre Kunden wirklich? Im Rahmen ihrer Imageverbesserungskampagne erachtet es die FDP Olten offenbar als nötig, ein Zeichen zu setzen und zu zeigen, was Politik ist. Innert

Kürze werden über 600 Unterschriften gesammelt, und der Stadtrat beschliesst die Änderung des Polizei-reglements, das besagt: «Die Strassenprostitution findet in Olten auf der Industrie-strasse statt.» Somit wird die Strassenprostitution wieder in der

ganzen Stadt möglich – in Wohnquartieren, im Stadtzentrum, in den öffentlichen Parks usw. Die FDP Olten will eine sichere und attraktive Stadt; will die faktische Schliessung des Strassenstriches und ist für neues Ge-



werbe und neue Industrie. Die FDP Olten fordert mehr Polizei, um alle Prostituierten aus der Stadt zu befördern – aus den Augen, aus dem Sinn.

Der neuste Stand der Dinge: Die Szene hat sich gegen den Bahnhof verlagert. Die Polizei betrachtet Frauen, die mehr als drei Kondome auf sich tragen, als Prostituierte und schickt sie weg. Lehre daraus: Wer sich schützt, wird bestraft.

Auch in Luzern ist die Strassenprostitution Mitte Dezember zum Thema geworden. Sollen Fehler wie in Olten wiederholt werden? Hoffentlich nicht. Politik braucht, wie den käuflichen Sex, tagtäglich. Jede Partei verfolgt ihre Linie. Die Freisinnigen haben einmal viel zu Aufstieg und Wohlstand, zu Freiheit und Toleranz der Schweiz beigetragen. Tempi passati. Die Grünen Olten setzen sich als politisches Sprachrohr des Frauenbusses Lysistrada ein, für Menschenrechte. Herzlichen Dank.

Kontaktadresse: Verein Frauenbus Lysistrada Olten, Pf 644, 4601 Olten; 076 397 41 99; lysistrada@bluemail.ch, PC 40-534123-9

P.S. Gemäss Daniel Helfenfinger, Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz, fordert seine Partei die Anerkennung der Prostitution als Beruf und bestärkt ihre Haltung durch eine vor kurzem eingereichte Interpellation von Nationalrätin Christa Markwalder. (NZZ, 29. Dezember 2004)



Kurzdebatte

Stimmrechtsalter senken?

Olivier Dolder und Christian Sager, junge gruene, Luzern

Luzern erhält eine neue Kantonsverfassung. Genau 130 Jahre nach dem Erlass des noch geltenden «Grundgesetzes» steht heute in der Tat nicht mehr die Überwindung des Feudalsystems im Vordergrund. So steht kaum jemand einer Revision ablehnend gegenüber. Wie allerdings die neue Verfassung aussehen soll – darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die jungen grünen haben insbesondere einen Punkt kontrovers diskutiert: die Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre.

Der Entwurf für eine neue Verfassung des Kantons Luzern sieht eine Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre vor. Da herrscht eitel Freude bei den Jungparteien des Kantons, könnte man meinen. Die jungen grünen luzern mögen allerdings nicht vorbehaltlos ins Jubelkonzert einstimmen.

Pro

Jugendliche interessieren sich nicht für Politik. Ein Satz, den man immer wieder hört und der vielleicht sogar stimmt. Wie aber kann man junge Leute für die Politik begeistern? Eine Möglichkeit besteht darin, das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken. Es versteht sich von selber, dass diese Massnahme allein nicht genügt, aber es braucht sie.

Wenn junge Leute bereits mit 16 Jahren die Möglichkeit erhalten, abstimmen und wählen zu gehen, werden sie motiviert sein, das politische Geschehen mitzuverfolgen. Da sie das Stimmrecht nur auf kommunaler und kantonaler Ebene erhalten werden, resultiert daraus keine Überforderung. Eine Herabsetzung des Stimmrechtsalters macht Sinn, da man mit 16 Jahren von politischen Entscheidungen gleichermassen betroffen ist wie Erwachsene. Warum also sollte man dann nicht auch mitbestimmen können? Von der intellektuellen und sozialen Entwicklungsstufe her gibt es keine objektiven Vorbehalte.

In der Schule wird «politische Bildung» unterrichtet. Das Stimmrechtsalter 16 würde den



Olivier Dolder

Jugendlichen die Anwendung der erlernten Theorie in der Praxis ermöglichen und in (hoffentlich) vielen Fällen dazu führen, dass Jugendliche politisch aktiv werden.

Mit der Herabsetzung des Stimmrechtsalters werden Volksentscheide zudem demokratischer, und die Dominanz der älteren Generationen in der Politik nimmt ab.

Unterschätzen wir also die 16- und 17-jährigen nicht ...

Kontra

Eine im «luftleeren Raum» stehende Senkung des Stimmrechtsalters auf 16 Jahre wird nicht die erhoffte positive Wirkung auf die Jugendpartizipation in der Politik haben. Eher



Christian Sager

besteht die Gefahr der Überforderung und der Politikverdrossenheit. Die Zahl der Jugendlichen, welche ihre politischen Rechte wahrnehmen, ist schon heute sehr tief. Dieser Tatsache wird man nicht entgegenwirken, wenn man das Stimmrechtsalter noch einmal um zwei Jahre senkt. So stellt zum Beispiel die Einbindung in ein politisches Gremium eine Jugendliche vor grosse Herausforderungen: Kann sie trotzdem noch ein Austauschjahr im Ausland verbringen? Bringt sie Schule, Ausgang, Freunde und Politik unter einen Hut? Es müssen Wege gefunden werden, welche den Jugendlichen eine ihrer Situation angemessene Beteiligung am politischen Prozess ermöglichen, ohne sie als «Miniaturerwachsene» in die oft ausgefahrenen Fahrrinnen der herkömmlichen Politik zu zwingen. Der Staat muss der Jugend vermitteln: Wir nehmen euch ernst, denn ihr seid die Zukunft.

Dies geschieht am besten durch einen in der Verfassung verankerten kantonalen Jugendrat mit Motionsrecht und Recht zur Mitarbeit in kantonalen Kommissionen. So kann auf jugendlich-lockere Art die Partizipation erfolgen. Denn Interesse an Politik muss man zuerst aktiv wecken, man darf es nicht voraussetzen. Nur dann sind wir wirklich modern.

Mitglieder für Fachgruppen gesucht Grüne denken weiter – denk mit!

Sekretariat GB Luzern

«Wir denken weiter!» So steht es auf der Startseite der Grünen Schweiz im Internet. Doch so einfach ist das gar nicht. Weiterdenken braucht Zeit. Und kluge Köpfe. Von denen hat es in der grünen Partei viele. Und ihr Wissen möchten wir jetzt anzapfen. Falls du Lust hast, im Rahmen einer Fachgruppe grüne Politik mitzugestalten und du im entsprechenden Themenbereich sachkundig bist, dann melde dich und mach mit!

In der letzten Greenfo-Ausgabe wurden engagierte Mitglieder für Fachgruppen gesucht. Diese Fachgruppen sollen vordenken und so die Politik der grünen Partei mitgestalten. Angesprochen sind alle grünen Mitglieder und SympathisantInnen.

Mittlerweile haben sich schon zahlreiche Personen gemeldet. Für einige Fachgruppen sind jedoch noch zu wenig Anmeldungen eingetroffen. Wir suchen noch für die folgenden Fachgruppen Mitglieder:

- Gesundheitspolitik
- Sozialversicherungen (AHV, BVG, IV, AL)

- Friedenspolitik, Grundrechte, Bürgerrechte, Armee, Polizei
- EU/Europa
- Kultur
- Frauen- und Gleichstellungspolitik
- Jugendpolitik.

Die Fachgruppen erarbeiten tagesaktuelle Stellungnahmen, führen visionäre inhaltliche Diskussionen, erarbeiten Positionspapiere usw. Der Arbeitsaufwand kann je nach Gruppe und Mitglied stark variieren. Jede und jeder soll selbst bestimmen können, wie viel Zeit sie oder er für die Mitarbeit einsetzen möchte.

Die Gruppen kommunizieren primär per Mail, und zwar auf Deutsch und Französisch. Bei Bedarf können sich die Mitglieder treffen, aber regelmässige Sitzungen sind nicht vorgesehen.

Fühlst du dich angesprochen oder hast du noch Fragen?

Dann melde dich bei Miriam Behrens (behrens@gruene.ch oder Tel. 031 312 67 77).

R E S T A U R A N T B A R
NEUSTADT

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen



**Mehr Luft
für Ihre Anliegen.**

Xundheit
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstrasse 28, 6002 Luzern, Telefon 041 227 77 77, www.xundheit.ch



Bettelbriefblüte: «**Sehr geehrte Frau Bündnis**», schreibt uns die CVP. Die Adresse ist Frau Grünes Bündnis ... Nicht verlegen schreiben wir: «Lieber Herr Partei», wir registrieren Sie jetzt auch so und müssen Ihnen mitteilen, dass Sie das RundBrief-Abo immer noch nicht bezahlt haben. Bitte melden Sie das dem Christian Volks von Ihrer Partei. Gefreut hat uns dennoch, dass Herr Partei sich nun ökologisch nachhaltig profilieren will, wovon wir leider gemäss dem Verwaltungsratsmandat Ihrer Präsidentin bei der Stromlobby noch nichts gemerkt haben. Da wir keine Garantie Ihres Herrn Partei haben, dass er eine allfällige Spende unsererseits völlig unökologisch in der Stadt Luzern gegen den Stromrapen einsetzt, müssen wir von einer Spende leider absehen.

Unakzeptabel – so geht es nicht mehr!
Schreibt der SVP-VTS und bejammert die hohen Gebühren der Gemeinden und des Kantons. Wir beklagen dies auch, aber wenn die SVP dem Staat die Steuereinnahmen verweigert, spricht Steuersenkungen durchdrückt, dann holt sich der Staat das Geld zum Beispiel über Gebühren. Ein neues Beispiel sind die erhöhten Studiengebühren an diversen Fachhochschulen und an der Uni (bis 1000 Franken pro Semester – wo ist das Recht auf Bildung?). Nur die Linke opponierte – die SVP rieb sich die Hände!

Tief schürfende Fragen stellte wieder einmal das Ambrosia-Unvernunft-Barteam. Da wird geschnüffelt, Klatsch verbreitet und unvernünftige Gewissenserforschung betrieben mit Fragen wie: «Eine Woche Neujahrsvor-

sätze – Zwischenstand der Vorsätze – **immer noch hart auf Kurs oder schon erste Ausrutscher erlebt?**» Diese VPM-Methoden sind widerlich, jedoch entschädigen die gescheiterten Vorsätze der ReferentInnen für die eigene Unzulänglichkeit. Angekündigt waren an der Volksbar-Universität:

1. Herr Ch. Blocher: Die Halbierung der Bundesverwaltung und meine Klonung.
2. Herr G. Theiler: Ich schrumpfe die FDP gesund, bis sie mich zum Präsidenten wählt.
3. Frau A. Fetz: Besuch eines Buchhaltungskurses.
4. Herr M. Leuenberger: Die spanische Ausgabe meiner Reden, damit ich es endlich mit Fidel Castro aufnehmen kann.
5. Herr U. Maurer: Die Erklärung meines Bauernhofs zur hanffreien Zone und Abkehr von der antiautoritären Erziehung.

Umfrage vom 4. Januar 2005 in der Luzerner Ausgabe von *20 minuten*: «Der SVP-Regierungsratskandidat Bühlmann ist angeklagt, weil er die Alimente nicht zahlt. **Ist so ein Politiker noch wählbar?**» Das Resultat war 26 % Ja und 74 % Nein. Nur zwei Tage danach wählten die *20-minuten*-LeserInnen verständlicherweise den unwählbaren Daniel Bühlmann knapp vor Louis Schelbert. Hat das SVP-Sekretariat reagiert und Stimmen gekauft, oder reicht das Erinnerungsvermögen der *20-minuten*-LeserInnen nur für zwanzig Minuten? Oder hat der gmerkige Merki mit seiner spiessigen Kolumne zwischenzeitlich eingeschlagen?

MV Luzern sucht Vorstandsmitglied

Der Mieterinnen- und Mieterverband Luzern sucht ein Vorstandsmitglied aus den grünen Reihen. Wer sich für die Belange von MieterInnen einsetzen will und GB-Mitglied ist, melde sich bitte beim GB-Sekretariat.
Telefon 041 360 79 66 oder E-Mail: lu@gruene.ch



Mieterinnen- und Mieterverband Luzern
Mythenstrasse 2, 6003 Luzern
Telefon 041 220 10 22, Fax 041 220 10 21
www.mieterverband.ch/luzern

ARLECCHINO

CAFETERIA & GALERIE

Habsburgerstr. 23
6003 Luzern
Tel 041 210 64 41
Mo-Fr 6.30 - 20.00
Sa 7.00 - 18.00
So 9.00 - ca. 17.00

Rundbrief

Agenda

Februar

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
-------	------	---------------------

Sa 12.	09.00	Standaktion Stromrappen , Luzerner Theater und Schwanenplatz Luzern
Mo 14.	19.15	Städtischer Vorstand , GB-Sekretariat
Mo 14.	19.30	Kantonaler Vorstand , Ort noch nicht bekannt
Di 15.		Podiumsdiskussion mit Louis Schelbert , Willisau
Sa 19.	09.00	Standaktion Stromrappen , Luzerner Theater und Schwanenplatz Luzern
Di 22.	19.30	Bilaterale: Veranstaltung mit Bundesrat Joseph Deiss , Hotel Schweizerhof, Luzern
So 27.		Wahl- und Abstimmungssonntag
Mo 28.	19.30	Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat

März

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
-------	------	---------------------

Fr 04.	20.00	Sitzung junge grüne , GB-Sekretariat
Mo 07.	19.15	Städtischer Vorstand , GB-Sekretariat
Di 15.	19.30	Informationsveranstaltung zu den Bilateralen , Rathaus Sursee (Tuchlaube)
Mi 16.	19.30	Informationsveranstaltung zu den Bilateralen , Bahnhofrestauration Luzern
Sa 19.		Retraite kantonaler Vorstand , Ort noch nicht bekannt

Rundbrief

Agenda

April

Datum	Zeit	Veranstaltung · Ort
-------	------	---------------------

Fr 01.	20.00	Sitzung junge grüne , GB-Sekretariat
Mo 11.	19.30	Kantonaler Vorstand , GB-Sekretariat
Mi 13.	19.30	Frauentreff , GB-Sekretariat

(Büro- oder Therapie-) Raum zu vermieten

Im GB-Sekretariat ist Ende Januar ein separater Raum frei geworden (Grösse zirka 23 m², ruhige und zentrale Lage). Die Infrastruktur des GB-Sekretariats (Fax, ADSL) kann mitbenützt werden, und in der Pause servieren wir dem neuen Mieter/der Mieterin gerne eine Tasse Tee! Bei Interesse melden Sie sich bitte unter Telefon 041 360 79 66 (vormittags ausser Freitag).

